

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Schriftleiter:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dünkel 4186/4186



Verlag für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Delft-Milano-Platz 6
Druckerschrift: Capadonk

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für alle Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. August 1921.

Und der Preis ?

Die französisch-russischen Verhandlungen.

Int. No. 100
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. In Paris wird zwischen russischen und französischen Unterhändlern seit längerer Zeit über einen französisch-russischen Pakt verhandelt.

Die Verhandlungen haben bisher insoweit zu einer vorläufigen Verständigung geführt, als der Abschluss eines Nichtangriffspakts formuliert worden ist, der beide Teile zur Neutralität im Falle des Angriffs durch einen Dritten verpflichtet. Ferner haben sich beide Teile verpflichtet, von wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen abzusehen. Die Verhandlungen über einen wirtschaftlichen Modus vivendi gehen weiter. Die Russen wollen auf Kredit in Frankreich kaufen, aber gegen bar verkaufen. Von den Zaren-Schulden wollen sie möglichst überhaupt nicht sprechen.

Es ist nicht ganz klar, ob die Unterschrift unter den Nichtangriffspakt von Frankreich davon abhängig gemacht wird, dass zugleich ein Wirtschaftsabkommen zustande kommt. Es ist aber bekannt, dass Frankreich als Voraussetzung für den endgültigen Abschluss der Paktverhandlungen das vorherige Zustandekommen eines Schlichtungsabkommens betrachtet. Ueber ein derartiges Abkommen kann man natürlich sehr lange verhandeln, insbesondere sobald die Frage des Schiedsrichters zur Debatte steht. Es ist dabei durchaus möglich, dass Frankreich den Völkerbund oder ein anderes internationales Instrument einzuschalten beabsichtigt, um Russland auf diese Weise in die Organisation des Völkerbundes einzugliedern. Aber unwahrscheinlich ist, dass Sowjetrussland darauf eingeht. Es kann deshalb sehr lange dauern, bis die russisch-französischen Verhandlungen endgültig abgeschlossen werden.

Mit dieser Feststellung ist das Interesse Deutschlands an den Pariser Verhandlungen nicht erschöpft. Wenn man feststellen muss, dass Frankreich bis zum heutigen Tage als der Sammelpunkt aller Antibolschewisten gilt, in dem die russischen Emigranten zum Dank für ihre Kriegshilfe nicht nur antibolschewistische Orgien feiern dürfen, sondern sich sogar eines politischen Einflusses auf die französische Regierung rühmen konnten, wenn noch vor wenigen Monaten in der russischen Monstre-Prozess Ramsin und Genossen Briand und Poincaré als Angeklagte aufgeführt wurden und Deutschland wegen seiner Beziehungen zu Moskau in der internationalen Politik von Paris aus immer wieder verdächtigt wurde, dann kann man sich zumal angesichts des Tempos und des Zeitpunktes der Pariser Verhandlungen des Eindrucks nicht erwehren, dass die wirtschaftlichen Gründe zu diesen Verhandlungen zunächst nur vorgeschoben sind und man mindestens soweit Frankreich in Frage kommt nach anderen Gründen, wenn nicht Hintergründen für diese Verhandlungen suchen muss. Es hat in Frankreich immer Kreise und hauptsächlich solche um Briand gegeben, die einen Ausgleich mit Sowjetrussland angestrebt haben, aber bisher nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Jetzt aber stehen wir vor einem politischen Arrangement, das den Franzosen fast garnichts bringt, den

Bolschewisten dagegen eine starke moralische Stärkung ihrer Stellung in der internationalen Welt und die Sicherung vor einem polnischen Angriff. Gewiss soll durch den Pakt auch Polen vor einem russischen Angriff geschützt werden. Aber das kann bei aller Verbundenheit zwischen Frankreich und Polen nicht der Grund sein, warum Frankreich als der gebende und Russland als der nehmende Teil bei den Paktverhandlungen auftritt. Es kommt hinzu, dass weder Polen noch Frankreich oder gar Mitteleuropa auf absehbare Zeit einen bolschewistischen Angriff zu befürchten haben. Und schliesslich haben sich die Bolschewiken vom französischen Standpunkt aus nicht so "gebessert", dass die Schwenkung der französischen Aussenpolitik ohne weiteres erklärlich würde.

Wo aber liegt dann der Preis, den Frankreich jetzt an Russland für einen französisch-russischen Pakt zu zahlen im Begriff steht, begründet? Es ist durchaus möglich, dass Frankreich die deutsch-russischen Beziehungen für intimer hält als sie in Wirklichkeit sind und durch sein aktives Eingreifen in der Ostpolitik der deutschen Aussenpolitik zur ungestörten Durchführung seiner Ziele in der Weltpolitik einen Rückhalt nehmen will, der überhaupt nicht existiert. Die andere Version betrifft Polen. Die polnische Regierung hat in den letzten Tagen versucht, sich in die Paktverhandlungen einzuschalten. Der Zeitpunkt ist sicher im Einvernehmen mit Paris gewählt. Ob Frankreich die Russen dadurch zwingen will, den Nichtangriffspakt zu Dreien, also zugleich mit seinem polnischen Verbündeten abzuschliessen, ist noch nicht ganz klar. Aber wenn man auf französischer Seite diese Absicht hat, dann würde ein derartiges Abkommen vom deutschen Standpunkt aus ein ganz anderes Gesicht bekommen als ein Pakt zu zweien zwischen Frankreich und Russland.

Deutschland hat immer betont, dass es eine Revision seiner Ostgrenzen nur mit friedlichen Mitteln anstrebt. Der Pakt zu Dreien würde bedeuten, dass Frankreich ebenso mit friedlichen Mitteln unter Einsetzung seiner gegenwärtigen Machtposition die Voraussetzungen für jede Revision der deutschen Ostgrenzen beseitigen will.

SPD. München, 29. August (Eig. Drahtb.)

Die ausserordentlichen Schwierigkeiten der finanzpolitischen Lage Bayerns, die durch die jüngste Notverordnung keineswegs behoben sind, werden durch den plötzlichen Rücktritt des Leiters des Finanzministeriums grell beleuchtet. Die Geschäfte führte bisher ein Staatsrat, der im Januar bereits die Altersgrenze überschritten hatte und den Aufgaben seines Postens nicht mehr gewachsen war. Zur Ernennung eines neuen Finanzministers ist das geschäftsführende Kabinett jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht befugt, sodass ohne die Neubildung einer parlamentarischen Regierung die bayerischen Finanzen auch künftug eines verantwortlichen Leiters entbehren müssen.

Unter diesen Umständen will Ministerpräsident Dr. Held den Versuch einer Rekonstruktion seiner Regierung machen, doch ist es sehr fraglich, ob er angesichts der bevorstehenden Wahlen dabei die Gefolgschaft des Bauernbundes und der Deutschen Nationalen findet. Selbst die Bayerische Volkspartei steht dem Wunsche Dr. Helds skeptisch gegenüber. Wenn sie sich nicht zur Neubildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung entschliesst, bleibt nur die nochmalige Ernennung eines Staatsrats zum interimistischen Leiter des Finanzministeriums. In diesem Falle ist für den Posten der Referent der staatlichen Betriebe, Ministerialrat Legat, ausersehen.

SPD. Die Unterredung zwischen Brüning und Hugenberg ist ausgegangen wie das Hornberger Schiessen. Hugenbergs Pressestelle speit deshalb Gift und Galle gegen den Reichskanzler, "der seine Herkunft aus den Gewerkschaften und seine Adjutantur bei Stegerwald nie verleugnet hat, und der sich noch jetzt in Stuttgart auf die preussische Linie des Herrn Hess hat festlegen lassen." Das deutsche nationale Organ schliesst seinen Artikel, von dem der Pressedienst der Zentrumsparlei sagt, "dass der Reichskanzler darin in sehr unfairer und unfeiner Weise persönlich attackiert" wird mit den Worten: "Unser Kampf geht weiter."

Auf diese Parole antwortet der Pressedienst der Zentrumsparlei wie folgt: "Der Menschheit ganzer Jammer packt einen an, wenn man dieses ungereimte, an den Haaren herbeigezogene Zeug lesen muss, was zur Begründung der Erhaltung der sogenannten nationalen Opposition, in Wahrheit zur Bemäntelung der grenzenlosen unnationalen und unpatriotischen Haltung dieser Opposition jetzt in der deutschnationalen Presse ausgesprochen wird. Eine derartige Engstirnigkeit, ein derartiges Missverstehen der nationalen Notwendigkeiten, ein derartiger Unverstand gegenüber der nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Not, die uns allen auf den Nägeln brennt, hätte man doch wirklich nicht für möglich halten sollen. Immer wieder das gleiche hysterische Kampfgeschrei: "Wir wollen die Macht!" "Wir wollen die alleinige Macht!" Keine Spur von Eingliederungsvermögen, ja auch nur Eingliederungswillen.... Nicht darauf kommt es an, ob diese oder jene Partei die "Macht" hat, sondern darauf, ob sich ein paar Persönlichkeiten finden, die bereit sind, sich vor die Front dieser blindwütigen, verständnislosen, kleingeistigen Parteikämpfer zu stellen!"

Dieses Duell lässt den Schluss zu, dass man nunmehr auch in Zentrumskreisen von der Burgfriedensparole kuriert ist.

SPD. Lissabon, 29. August (Eig. Drahtb.)

Die portugiesische Regierung hat angesichts der sich in letzter Zeit häufigen Aufstandsversuche beschlossen, zum Schutze der Diktatur scharfe Massnahmen zu ergreifen. Die an dem letzten Aufstand beteiligten Personen sollen nach einer Kolonie deportiert werden. Alle Militär- und Zivilbeamten, die ihre Pflicht gegenüber der Diktaturregierung nicht loyal erfüllen, sollen abgesetzt oder pensioniert werden. In leitenden Stellungen, die einen Einfluss auf den Reorganisationsplan der Regierung haben, sollen künftig nur Personen beschäftigt werden, die das absolute Vertrauen der Diktatur geniessen. Die Zensur beabsichtigt man zu verschärfen, um, wie es in einem amtlichen Kommuniqué heisst, "zu verhindern, dass die Presse das Publikum schlecht informiert". Alle Versammlungen politischer und sozialer Art, die eine der Diktatur feindliche Atmosphäre schaffen könnten, werden künftig verboten, ebenso alle Zeitungen und Zeitschriften revolutionären Charakters, die die öffentliche Ordnung stören könnten.

SPD. Die Besprechungen des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung mit den Banksachverständigen über die Frage der Bankaufsicht wurden am Sonnabend fortgesetzt, jedoch wiederum nicht zu Ende geführt. Man hofft die Besprechungen am Dienstag abschliessen zu können. Die Reichsregierung dürfte dann das Wirtschaftsministerium mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Bankaufsicht beauftragen, sodass mit einer entsprechenden Notverordnung kaum vor Beginn der nächsten Woche zu rechnen ist.

SPD. Frankfurt/M., 29. Aug. (Eig. Dr.)

Neue Enthüllungen über den gigantischen Korruptionsskandal der Inneren Mission machte vor etwa 200 betrogenen Frankfurter Sparern der gegenwärtige Geschäftsführer des verkrachten schwarzweissroten Devaheim-Konzerns Landrat a. D. Kothe-Berlin.

Kothe beziffert das Defizit auf $1\frac{1}{2}$ Mill. Mark, jedoch seien etwa 12 Mill. Aktiven als gefährdet anzusehen. Die Buchführung der Devaheim sei 6 bis 8 Wochen rückständig gewesen. Der verhaftete Generaldirektor Jeppel sei als "ungewöhnliches Finanzgenie" gefeiert worden, weil er es verstanden hätte, Millionenkredite bei Grossbanken aufzunehmen. Um das 6 Millionen-Loch zu stopfen, habe sich anfangs der Zentralausschuss der Inneren Mission bereit erklärt, eine Garantie von 2 Mill. Mark zu geben, während die Anstalten in der Provinz 4 Mill. Mark hätten aufbringen sollen. Obwohl Superintendent Dibelius, der in Berlin eine Notgemeinschaft der Inneren Mission gebildet habe, wiederholt die "Ehrenpflicht" der Kirche betont habe, hätte die 2 Millionen-Garantie infolge der Wirtschaftskrise wieder zurückgezogen werden müssen. Da auch das Reichsarbeitsministerium bisher eine Reichsgarantie abgelehnt habe und eine Anleihe in der Schweiz im letzten Augenblick gescheitert sei, wäre alles noch im Stadium der "frommen" Wünsche.

In Frankfurt ist die Erregung unter den geschädigten Sparern ebenfalls ausserordentlich gross. Die Frankfurter Gläubigerversammlung wählte einen Neuner-Ausschuss und zwei Delegierte zur zentralen Gläubigerversammlung, die am 12. September in Berlin stattfindet. Der Vorsitzende der Frankfurter Inneren Mission, Karl Schuhmacher, der auch um sein Geld geprellt ist, gab seiner leidenschaftlichen Empörung mit den Worten Ausdruck, dass die Innere Mission stirkend geworden und in üblen Geruch gekommen sei. Er forderte, dass entweder die Innere Mission oder die Kirche den Geprellten zu ihrem Gelde ver helfe. Die kleineren Sparer hätten nur im Vertrauen auf die evangelische Kirche und die Innere Mission ihre Spargelder hingegeben.

SPD. Paris, 29. August (Eig. Drahtb.)

In der Schuhindustrie von Limoges ist am Sonnabend eine Einigung zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem Verband der Unternehmer über die Aufhebung der Aussperrung zustande gekommen. Danach wird am Montag in allen Fabriken, einschliesslich der Fabrik von Bidaud, deren Belegschaft wegen Entlassung eines Arbeiters in den Streik getreten war, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Fall des entlassenen Arbeiters wird von einer aus 6 Arbeitern und 6 Arbeitgebern zusammengesetzten Kommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Limoges geprüft werden, die eine Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit darüber befinden soll, ob die Entlassung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist.

SPD. Ein deutschnationaler Abgeordneter des preussischen Landtags hätte an das Preussische Staatsministerium die Frage gerichtet, ob dem "Verein Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" zur Durchführung seines Aufmarsches in Koblenz Gelder aus Staatsmitteln direkt oder indirekt gezahlt worden seien, und wenn ja, in welcher Höhe. Der preussische Minister des Innern hat die Anfrage mit "Nein" beantwortet.

SPD. Amsterdam, 29. August (Eig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen Amsterdamer Rats Herrn Wibaut, der am 1. September wegen seines Alters von 71 Jahren aus seinem Amt scheidet, bereitete die Amsterdamer Arbeiterbewegung am Sonnabend eine gewaltige Huldigung. Am Alten Rathaus, wo ausser Wibaut die ganze Gemeinderatsfraktion versammelt war, zogen in stundenlangem Zuge mit zahlreichen Musikkapellen und einem Wald von roten Fahnen alle Körperschaften der örtlichen Arbeiterbewegung mit Zehntausenden von Teilnehmern vorbei. Die Stadt Amsterdam verlieh dem zurücktretenden Rats Herrn die goldene Medaille, die höchste Auszeichnung, die Amsterdam zu verleihen hat.

SPD. Dresden, 29. August (Eig. Drahtb.)

In der Generalversammlung der Dresdner Bank widersprach Marx, der Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, der Auffassung von Friedmanns, dass das Reich bei der Dresdner Bank ein Geschäft machen wolle. Der Kapitalismus habe eine Schlacht verloren. Die Führer der Wirtschaft hätten auf der ganzen Linie versagt. Eine Rationalisierung bei hohen Zinsen und niedrigen Löhnen zu einem ganz ungünstigen Zeitpunkt sei vorgenommen worden. Dazu seien ausserordentlich grosse Fehlinvestitionen gekommen. Man habe den Absatz gedrosselt anstatt ihn zu steigern. Infolgedessen seien die den Niederlassungen gewährten Kredite eingefroren. Notwendig sei eine scharfe Kontrolle der Kreditgewährung durch ein Bankamt. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Satzungsänderungen genügten nicht. Deshalb verlange er, dass der Durchschnittsbetrag aller Bezüge der Vorstandsmitglieder und Direktoren (Gehalt und Tantieme) den Betrag von 60 000 Mark im Jahre nicht übersteigen dürfe. Ferner sollten die Vorstandsmitglieder, Direktoren und deren Stellvertreter verpflichtet sein, Einnahmen aus Aufsichtsratsantoniemen aus anderen Unternehmungen an die Bank abzuliefern. Diese Anträge wurden jedoch von dem Aufsichtsratsvorsitzenden zum grössten Teil aus formellen Gründen nicht zugelassen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte es schliesslich nach stundenlangen Verhandlungen als berechtigt, dass die Bank die Reichsschatzanweisungen zum Pariwerte angenommen habe. Bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung sei wiederholt zum Ausdruck gekommen, dass das Reich weder kalt noch warm sozialisieren oder ein Geschäft machen wolle. Die Dresdner Bank brauche die 300 Millionen Schatzanweisungen. Ob man sie heute oder morgen benutzen werde oder überhaupt liegen lassen könne, hänge ganz von der Entwicklung der Verhältnisse ab. Die Behauptung, dass bei der Dresdner Bank Millionengehälter gezahlt würden, sei falsch. Das höchste Gehalt betrage nicht einmal die Hälfte.

Im ganzen waren 115 Aktionäre anwesend, die 73 Millionen Aktienkapital mit 3 650 000 Stimmen vertraten. Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals von 100 Millionen auf 400 Millionen durch Ausgabe von nominell auf 300 Millionen Reichsmark lautende Vorzugsaktien ab 1. August 1931 angenommen. Dafür stimmten 3 621 893. Mit Nein stimmten 11 515, 12 405 enthielten sich der Stimme. Dr. Friedmann legte gegen das Abstimmungsergebnis zu Protokoll Protest ein. Weiter wurde auf Wunsch der Opposition die Meinung der Generalversammlung zu Protokoll dahin formuliert, dass die Reichsregierung den Charakter der Dresdner Bank als privatwirtschaftliches Institut unangetastet lassen möge. Die Anträge von Marx wurden dem Aufsichtsrat zur Prüfung für die nächste Generalversammlung überwiesen. (s. Wirtschafts- teil.)

SPD. Frankfurt/M., 29. August (Eig. Dr.)

Auf dem neuen Gewerkschaftshaus weht die rote Flagge. Frankfurt steht im Zeichen des Gewerkschaftskongresses. Der grösste Teil der Delegierten ist bereits eingetroffen. Die Ankommenden grüsst beim Austritt aus dem Hauptbahn-

hof ein weithin sichtbares Willkommen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Otto Wels wird an dem Kongress als Gast teilnehmen.

Die letzten Vorbereitungen für die Tagung traf am Sonnabend der Bundesausschuss des ADGB. Am Sonntag vormittag veranstaltete die Frankfurter Arbeiterschaft zusammen mit der Arbeiterjugend auf dem Festhaldengelände eine Masenkundgebung. Am Sonntag abend fand im Palmengarten, dem Kongresslokal, ein Begrüssungsabend statt.

SPD. Paris, 29. August (Eig. Drahtb.)

Der "Temps", der sich am Sonnabend mit den russisch-französischen Paktverhandlungen beschäftigt, schreibt, dass Frankreich den Vertrag mit Russland nur abschliessen werde, wenn, abgesehen von den parallel laufenden Wirtschaftsverhandlungen, auch Polen und Rumänien gegen jede Bedrohung von russischer Seite gesichert sind, sei es durch einen direkten Vertrag, sei es durch ein Abkommen zu Dreien. Alle Erklärungen der russischen Regierung würden an dieser Tatsache nichts ändern.

SPD. Amsterdam, 29. August (Eig. Drahtb.)

Der sozial-ökonomische Weltkongress, der am Sonnabend in Amsterdam abgeschlossen wurde, sprach sich im Anschluss an eine Rede des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Thomas für die Schaffung eines Weltbüros für wissenschaftliche Untersuchung sowie für die planmässige Organisation des sozial-ökonomischen Lebens auf betriebswissenschaftlicher Grundlage aus. Dabei soll das wachsende Bewusstsein der Welteinheit in den Vordergrund gerückt werden.

SPD. Dresden, 29. August (Eig. Drahtb.)

Das Polizeipräsidium Dresden teilt mit, dass auf den Dresdner Strassenbahnhöfen von dunklen Elementen der Versucht gemacht werden soll, den Strassenbahnverkehr durch Sabotageakte stillzulegen. Es sei im Besitz entsprechender Nachrichten und habe deshalb umfassende Sicherungsmassnahmen getroffen. Tatsächlich wurden in der Nacht zum Sonnabend auf einigen Strassenbahnhöfen von den Strassenbahnwagen die Handkurbeln entfernt. Auf einem Bahnhof allein nicht weniger als 34, die hinter dem Strassenbahnhof vergraben wurden.

Das Polizeipräsidium teilt ferner mit, dass der kommunistische Stadtrat Gruner unter dem Verdacht, in einer Versammlung der Dresdner Strassenbahner zum Hochverrat aufgefordert zu haben, festgenommen worden sei. Ausserdem wurde die kommunistische "Arbeiterstimme" beschlagnahmt und auf 4 Wochen verboten. Das Blatt hat zur Stilllegung der Strassenbahn und zur Unterstützung der Streikenden aufgefordert. In dieser Aufforderung erblickt der Polizeipräsident die Absicht, eine politische Streikbewegung zu schüren. Das geht auch daraus hervor, dass der kommunistische Stadtrat Gruner in einer Strassenbahnerversammlung zum Generalstreik mit dem Zweck der Zerschlagung der Republik aufgefordert habe.

SPD. Rom, 29. August (Eig. Drahtb.)

In unterrichteten Kreisen erwartet man die seit Tagen in Aussicht gestellte Einigung zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan frühestens in der ersten-September-Hälfte. In den letzten Tagen haben sich noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ergeben, die erst nach längeren Verhandlungen überwunden werden dürften.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: In Verbindung mit den von der Polizei geführten Ermittlungen hinsichtlich der in der letzten Zeit vorgekommenen Straftaten fanden am Sonnabend an mehreren Stellen umfangreiche Durchsuchungen nach Waffen statt. Beschlagnahmt wurden 14 Gewehre und Karabiner, 15 Revolver und Pistolen, eine Anzahl von Seitengewehren, Schlagringe, Stahlruten und eine grössere Menge von Gewehr- und Pistolenmunition. Die von einem starken Aufgebot von Kriminal- und Schutzpolizeibeamten durchgeführten Durchsuchungen haben ausserdem die Festnahme einer Anzahl von Personen zur Folge gehabt, die sich offenbar aus guten Gründen vor der Polizei verborgen gehalten haben. Die Durchführung der polizeilichen Aktion erfolgte reibungslos und war für die in den betroffenen Bezirken wohnende Bevölkerung sowie für die Öffentlichkeit völlig überraschend. Die Durchsuchungen begannen um 6 Uhr morgens gleichzeitig in der Köslinerstrasse, Nostizstrasse, Markus- und Linienstrasse.

SPD. Karlsruhe, 29. August (Eig. Drahtb.)
Eine Bezirkskonferenz des Gesamtverbandes für die Bezirke Baden und Pfalz die von 68 Delegierten besucht war, erhob gegen die Versuche, durch einseitige Massnahmen gegenüber einzelnen Arbeitnehmergruppen die Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden zu beseitigen, scharfen Protest. Bei steuerlichen Massnahmen müssten zunächst die besitzenden Schichten herangezogen werden. Die neue Lohnkürzung um 4 % und der Wegfall der Hausstandszulagen bringe eine unerträgliche Schmälerung des Arbeitereinkommens. Die kommenden Lohnverhandlungen seien nicht mehr zentral und in Berlin, sondern in den einzelnen Bezirken zum Abschluss zu bringen.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Dienstag, den 8. September zur Beratung der politischen Lage zusammentreten. Ein früherer Zusammentritt ist in Anbetracht des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, an dem zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilnehmen, nicht möglich.

SPD. London, 29. August, (Eig. Drahtb.)
Die Lokal-Organisation der Labour Party in Seaham, dem Wahlort MacDonalds, hat am Sonnabend einstimmig beschlossen, den bisherigen Vorsitzenden der Labour Party zum Verzicht auf sein Mandat aufzufordern. Der Beschluss wird MacDonald schriftlich mitgeteilt werden. Es ist kaum zu erwarten, dass MacDonald ihm entsprechen wird.

SPD. Die Kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat gegen das Staatsministerium einen Misstrauensantrag eingebracht. Der Antrag muss nach der Preussischen Verfassung innerhalb 14 Tagen erledigt werden. Infolgedessen dürfte der Landtag Mitte der nächsten Woche zusammentreten. Ein entsprechender Beschluss des Ältestenrates ist bereits am Dienstag zu erwarten.

SPD. Dresden, 29. August (Eig. Drahtb.)

Das Dresdner Landgericht bestätigte am Sonnabend nach fünftägiger Verhandlung einen Fehlspruch des gemeinsamen Schöffengerichts, von dem ausschliesslich Reichsbannerleute betroffen werden.

In Grossenhain war es am 19. Januar zu grossen Schlägereien gekommen. Bei dem ersten der drei Vorgänge wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Zöllner auf offener Strasse von Nationalsozialisten überfallen und blutig geschlagen. Im Anschluss daran kam es zu Ausschreitungen einer durch den Ueberfall empörten Menge vor dem Verkehrslokal der Nationalsozialisten. Die Ruhe war längst wiederhergestellt, als die durch Sturmabteilungen von auswärts verstärkten Nazis einen Zug von über 100 SA-Leuten formierten und vor das Gewerkschaftshaus zogen. Dort vollzog sich ein regelrechter Angriff, der bedeutenden Sachschaden am Haus und schwere Verletzungen von Reichsbannerleuten zur Folge hatte.

Die drei Vorgänge beschäftigten im Mai d.J. das Dresdner Gemeinsame Schöffengericht. In dem Massenprozess waren 22 Nationalsozialisten und 10 Reichsbannerleute angeklagt. Die Reichsbannerleute haben sich wegen des Vorganges vor dem Verkehrslokal der Nazis zu verantworten. Das damals ergangene Urteil war auf Grund des Verlaufs der Verhandlung nur als Skandal zu bezeichnen. Während die Reichsbannerleute mit einer Ausnahme wegen Landfriedensbruchs bzw. gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurden die Nationalsozialisten nur insoweit verurteilt, als sie an dem Ueberfall auf Zöllner beteiligt waren. Von der Anklage des Landfriedensbruchs wurden sie, obwohl zahlreiche Belastungszeugen aufgetreten waren, freigesprochen. Es sollte nämlich nicht erwiesen sein, dass der Angriff von den Nazis ausging.

Das Urteil löste grosse Empörung aus und fand in der sozialdemokratischen Presse schärfste Kritik. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verurteilten legten Berufung ein. Jetzt hat das Landgericht Dresden das Urteil in nur geringem Umfange geändert. Es sprach lediglich drei der verurteilten Reichsbannerleute frei, ebenso einen Nationalsozialisten. Im übrigen ist es bei dem unerhörten Urteil der ersten Instanz geblieben. Der Sturm auf das Gewerkschaftshaus bleibt also ungesüht!

SPD. Madrid, 29. August (Eig. Drahtb.)

Die spanische Regierung hat durch Dekret die Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse angeordnet, die die Aufgabe haben sollen, die Marokkopolitik der früheren Regierung, die Sozialpolitik in Katalonien, den Staatsstreich Primo de Riveras und die Verantwortung für alle politischen Massnahmen während der Diktaturperiode zu überprüfen. Sobald der Tatbestand geklärt ist, sollen die Ausschüsse der Nationalversammlung einen Bericht unterbreiten und zugleich vorschlagen, welche Gerichte über die Sache entscheiden sollen.

In einem weiteren Dekret hat die Regierung für den Kohlenbergbau den Siebenstundentag und für die Erzgruben die Aufrechterhaltung des Achtstundentages verfügt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Der Kampf der Arbeit

Der Kampf der Arbeit.

Bilder aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

SPD. In Frankfurt/Main beginnt am Montag der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, jener stolzen, niemals zu erschütternden Gemeinschaft vieler Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die auch in dieser noterfüllten Zeit festgefügt und unzerstörbar wie ein Fels in der Brandung steht. Nazis und Kozis haben sich an diesem gigantischen Werk zähesten Arbeit die Zähne ausgebrochen - eine Schlammlut des Hasses ward losgelassen, aber die Ergebnisse dieser blindwütigen Minierarbeit sind kläglich. Der deutsche Arbeiter weiss, was seine Gewerkschaft für ihn bedeutet. Er würdigt die Sachlichkeit, Pflichttreue und Energie seiner selbstgewählten Funktionäre, die wissen, dass im zähen wirtschaftlichen Tageskampf nicht das Pathos und die schillernde Phrase entscheiden, sondern die stille, zähe, oft unbeachtete tägliche Kleinarbeit.

Der Anfang.

Aus kleinsten Anfängen wuchs die Millionenbewegung; ein kurzer Streifzug durch die Geschichte der Gewerkschaften gibt zugleich ein plastisches Bild ihrer stürmischen Vorwärtsentwicklung. Die Anfänge der Gewerkschaften reichen lange ins 19. Jahrhundert zurück. Am 27. September 1868 fand in Berlin der "Allgemeine Deutsche Arbeiterkongress" statt, der - für die damalige Zeit höchst stattlich - von 205 Vertretern aus 56 Berufszweigen beschickt war, die 142 008 Arbeiter aus 105 Ortschaften vertraten. Hier wurde beschlossen, nach bestimmten Prinzipien 12 "Arbeiterschaften" (Gewerkschaften) zu gründen, die sich dann zum "Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband" zusammenschlossen. Schweitzer war der Präsident dieses Arbeiterschaftsverbandes, Fritzsche der erste Vizepräsident.

Der eigentliche erste deutsche Gewerkschaftskongress, der vom 14. bis 18. März 1892 in Halberstadt stattfand, kam zu entscheidenden Organisationsbeschlüssen. Das Programm des Kongresses: "Verbindung der Organisationen zu einer einheitlichen Bewegung" erhielt seine Bestätigung durch eine von den Holzarbeitern eingebrachte Resolution für berufliche Zentralverbände. Diese bedeutungsvolle Entschliessung wurde mit 148 gegen 37 Stimmen bei 11 Enthaltungen und unter Abwesenheit von 12 Delegierten angenommen.

"Die Zuchthausvorlage".

Besonders wichtig ist in der Geschichte der Gewerkschaftskongresse der Frankfurter Kongress von 1899. Hier kam man im Zeichen des Kampfes gegen die sogenannte "Zuchthausvorlage", jenes schamlosen Anschlags auf die Koalitionsrechte der Arbeiterschaft, zusammen. Legien hielt eine flammende, von der Versammlung mit atemloser Spannung angehörte Rede gegen die berüchtigte Vorlage, die mit dem Terror der Staatsgewalt die elementarsten Lebens- und Menschenrechte der Arbeiterschaft zerstören sollte. Die Kongressdelegierten standen derart stark unter dem Eindruck von Legiens glänzendem Referat, dass eine leidenschaftliche Protestresolution ohne jede Debatte einstimmig angenommen wurde.

Um den politischen Massenstreik.

Eine mit brennendem Eifer diskutierte Frage hatte u. a. der Kölner Kongress im Jahre 1905 zum Gegenstand. Es ging um die Frage der Zweck- oder Nichtzweckmässigkeit des politischen Massenstreiks. Nach einem Referat des Vorsitzenden des Maurerverbandes, Bömelburg, und ausgedehnter Debatte wurde eine Entschliessung angenommen, die den Generalstreik als indiskutabel bezeichnet und die Ar-

beiterschaft warnt, sich durch derlei theoretische Diskussionen von der notwendigen Kleinarbeit abhalten zu lassen. Diese Entschliessung stand übrigens im Gegensatz zu der politisch=taktischen Haltung des Jenaer Sozialdemokratischen Parteitages im Jahre 1905, auf dem nach einem grundlegenden Referat August Bebel's die Massenarbeitseinstellung als wirksamstes Kampfmittel der Arbeiterschaft bezeichnet wird.

"Rechtsprechung".

Das bisher Erreichte wird durch einige Daten aus dem Gebiete der Rechtsprechung treffend gekennzeichnet. Man muss darin erinnern, dass z.B. der Münchener Gewerkschaftskongress vom Juni 1914 im Zeichen des Protestes stand gegen das Eingreifen der Rechtspflege und Gesetzgebung in den sozialen Kampf und gegen ihr hemmungslos parteiisches Eintreten für die Forderungen der Unternehmer. Die Justiz war seinerzeit gegen die Gewerkschaften mobil gemacht worden, indem man wagte, die Androhung einer Arbeitseinstellung als "Erpressung" zu bezeichnen! Streikposten stehen wurde als "grober Unfug" behandelt. Die Zivilgerichte arbeiteten serienweise mit "einstweiligen Verfügungen". Der Streikbruch wurde von staatswegen organisiert, gehütet und gepflegt. Als im Jahre 1899 in Dresden=Löbtau streikende Bauarbeiter Streikbrecher vom Bau herunterholten und verprügelten, wurden insgesamt 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis und 70 Jahre Ehrverlust verhängt!!

Alle Räder stehen still - -.

Trotz all dieser Schikanen führten die Gewerkschaften viele gigantische Arbeitskämpfe. Erinnerung sei nur an den Kampf der Crimmitschauer Weber, die in einem heroischen Ringen vom Juli 1903 bis zum Januar 1904 für den Zehnstunden=Tag kämpften. Von besonderer Wucht war der Kampf der Ruhrkumpels für besseren Bergarbeiterschutz im Jahre 1905. Hier standen vom 19. Januar bis zum 10. Februar 200 000 Bergarbeiter im Streik. In der Front des dreimonatigen Hamburger Hafentarbeiterstreiks um die Jahreswende 1896/97 kämpften 17 000 Arbeiter, und von der Aussperrung der Bauarbeiter im Jahre 1910 waren 200 000 Mann betroffen! Dazu kamen zahllose andere Lohnkämpfe kleineren Formats. Der Anteil der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks stieg im Laufe der Jahre von 56,5 auf 74,4 Proz.

Politische Feuerprobe.

Vor allem darf im Rahmen dieses Rückblicks auch nicht unerwähnt bleiben, dass die Gewerkschaften als wesentlicher Teil der neuen staatlichen und gesellschaftlichen Verfassung im März 1920 wie ein Mann aufstanden, als Kapp und Lüttwitz es wagten, ihre Hand nach der Republik auszustrecken. Dem Aufruf zum Generalstreik folgten Millionen Arbeitnehmer in unvergesslicher Geschlossenheit. Getreu ihrer Aufgabe werden die Gewerkschaften weiter daran mitarbeiten, der Republik sozialen Inhalt zu geben. In diesem Sinne ist der neue Frankfurter Kongress, genau wie sein historischer Vorgänger, ein Kampfkongress.

884 Hooverzähne! Vor dem Gericht in St. Louiss (USA) wird sich demnächst ein Zahnarzt zu verantworten haben, der in kurzer Zeit nicht weniger als 884 Zähne, die er dem amerikanischen Präsidenten Hoover gezogen zu haben vorgab, an alle möglichen Amerikaner verkauft hat. Tatsache ist, dass der angeklagte Zahnarzt dem Präsidenten einen Zahn gezogen hat; er überliess ihn einem Interessenten für 10 Dollar. Danach meldeten sich allerdings noch alle möglichen anderen Hooverzahn=Interessenten, die nicht wussten, dass das Geschäft bereits abgeschlossen war und boten dem Arzt bis zu 500 Dollar. So geschah es, dass Hoovers Zahn 884 mal verkauft wurde. In 883 Fällen mussten allerdings Bürgerzähne daran glaubenbis der Schwindel ans Tageslicht kam.

Ein Goethefilm. Im Rahmen der Propaganda=Vorbereitungen für die bevorstehende Goethe=Weltfeier im März 1932 begann das "Institut für wissenschaftliche Filme" mit der Herstellung eines Goethefilms. Den ersten Aufnahmen, die in Weimar gemacht worden, wohnte Reichskunstwart Dr. Redslob bei. Weitere Teile des Films werden in Frankfurt a.M. und Rom gedreht werden. In dem Film sollen Stationen vorgeführt werden, an denen Goethe lebte und wirkte.

Amerikas Polizeiausgaben. Die von Präsident Hoover eingesetzte "Kommission zur Untersuchung der Kriminalität in Amerika und Erörterung der in Frage kommenden Bekämpfungsmöglichkeiten" teilt mit, dass in den Vereinigten Staaten jährlich 4,2 Milliarden Mark zur Bekämpfung des Verbrecherunwesens verausgabt werden. Von dieser Summe entfallen 221 Millionen Mark auf die Bundesregierung; der Rest wird von den Städten der Union getragen.

Sylvester Schäffer. In Starnberg (Bayern) verstarb im Alter von 72 Jahren der bekannte Artist Sylvester Schäffer senior. Der Verstorbene war einer der Söhne Karl Johann Schäffers, des Begründers der bekannten Artistendynastie. Stets fleissiges Training machte Sylvester Schäffer in grandioser Mischung zu einem Universaltalent. Er war Athlet, Akrobat, Jongleur, Musikvirtuose, Schnellmaler und Kunstschütze zugleich. Viele seiner Talente vererbte er auf seinen Sohn, der sich heute gleichfalls unter dem Namen "Sylvester Schäffer" auf allen Varietébühnen der Welt mit grossem Erfolg produziert.

Autobuskatastrophe. In Konstantinopel fuhr ein Autobus der Linie Stambul-Terapia gegen einen Baum. Eine Person wurde getötet, acht erlitten schwere Verletzungen.

"DoX II" als Bombenflugzeug. Das Bombenflugzeug "DoX II", das am Freitag von der Dornier-Werft in Altenrhein (Bodensee) nach Spezia (Italien) überführt wurde, ist dem italienischen Bombardierungsgeschwader zugeteilt worden.

Abgebrannte Konservenfabrik. Auf der Insel Lissa brannte die grösste jugoslawische Konservenfabrik der Firma Gebrüder Mardesitsch ab. Der materielle Schaden beläuft sich auf 6 Millionen Dinar.

Tod der "Hundegräfin". In Saarbrücken verstarb eine 51 Jahre alte Witwe eines Oberregierungsrates, die allgemein unter dem Namen "die Hundegräfin" bekannt war. Die Verstorbene hatte seit Jahren in ihrer Villa allein gehaust und ein geradezu groteskes Einsiedlerleben geführt. Sie duldet keinerlei Hausangestellte, war aber stets von acht grossen Hunden und anderen Tieren umgeben. Ausser dem Briefträger hatte nur noch der Bote einer Lebensmittelhandlung Zutritt in die seltsame Einsiedelei. Der Angestellte des Lebensmittelgeschäftes hatte der "Hundegräfin" regelmässig die erlesensten Leckerbissen zu überbringen, die aber die seltsame Dame nicht etwa für sich verbrauchte, sondern an ihre Tiere verfütterte. Die "Hundegräfin" selbst gönnte sich nicht das Geringste und starb an Unterernährung; der Leichnam wog 60 Pfund. Im Nachlass der Verstorbenen fanden sich 1 000 Francs Bargeld und Schmuckstücke im Werte von mehreren hunderttausend Francs. Miterben sind u. a. der Briefträger und der Bote des Delikatessengeschäfts. Die Villa der Verstorbenen soll laut testamentarischer Bestimmung ein Hundesayl werden.

Lynchjustiz in Rumänien. In Galciava überfielen Bauern eine Schar Zigeuner, die ihnen angeblich Pferde von der Weide gestohlen haben sollten. Vier Zigeuner wurden getötet, drei schwer verwundet.

Krieg in Frieden. Im Camp Devens im Staate Massachusetts (USA) wurden durch Fehlschüsse eines Maschinengewehrs ein Rekrut getötet und ein zweiter schwer verletzt.



Kollektivismus oder Individualismus.

Gefahren für die Arbeiterbewegung.

SPD. Die moderne Arbeiterbewegung braucht Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Nicht von ungefähr steht an ihrem Ursprung der berühmte Ruf von Karl Marx an alle Proletarier: Vereinigt Euch! Nicht von ungefähr zielt die Taktik der Gegner in erster Linie auf Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Diese Zersplitterung hat im Laufe der letzten Jahre nicht zuletzt durch scheinbare Verbesserungen der Lage bestimmter Arbeitnehmergruppen Fortschritte gemacht. Auf die daraus entstehenden Gefahren macht Clemens Nörpel, Sekretär des ADGB, in einem Artikel "Grenzen des Arbeitsrechts", der in der neuesten Nummer der "Arbeit" erschienen ist, mit besonderem Nachdruck aufmerksam.

Das kollektive Arbeitsrecht, betont Nörpel, ist die Grundlage, auf der die Arbeitnehmerschaft durch starke Gewerkschaften ihre Arbeitsbedingungen und damit ihre Lebensbedingungen verbessern und sichern kann. Hierzu bedarf es eines einheitlichen Willens der gesamten Arbeitnehmerschaft. Dieser einheitliche Wille wird bedroht, wenn sich der Ausbau des individuellen Arbeitsrechtes neben dem kollektiven Arbeitsrecht nicht in einem dem letzteren gemässen Rahmen hält. Dem Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts darf sich das individuelle Arbeitsrecht nicht hindernd in den Weg stellen.

Als solche Hindernisse charakterisiert Nörpel vor allem verschiedene Sonderrechte der Angestellten. Er verweist auf die Schaffung eines Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte, bei der die Arbeiter leer ausgegangen seien, auf die verschiedenartige Rechtslage der rückständigen Lohn- und Gehaltsansprüche bei Konkurs, auf die Neuregelung des Gehaltsanspruchs im Krankheitsfall durch die Notverordnungen und auf den Anspruch auf das volle Gehalt bei Kurzarbeit. Ferner erinnert er an die Sonderbehandlung der Schwerbeschädigten beim Lohn- bzw. Gehaltsanspruch im Krankheitsfall infolge der eigenartigen Haltung des Reichsarbeitsgerichts und an die Sondersicherungen gegen Entlassung nach zehnjähriger Dienstzeit für Behördenangestellte. Mit einem Hinweis auf die Sozialversicherung schliesst Nörpel die Reihe seiner Beispiele. In der Sozialversicherung, die ja auch zum Arbeitsrecht im weiteren Sinn gehöre, seien die Gefahren, die durch eine Uebersteigerung der Grenzen entstehen könnten, noch viel eindringlicher nachzuweisen, weil sie hier schon gegenwärtig jeden Versuch einer Vereinheitlichung und den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmerschaft zu einer wirklichen Selbstverwaltung fast unmöglich machen.

Wenn es beim Kampf um die Tarifverträge, so führt Nörpel weiter aus, den einzelnen Arbeitnehmerschichten gelinge, tarifliche und damit arbeitsvertragliche Sonderrechte zu erreichen, wäre nur zu beachten, dass aus denselben Gründen wie bei gesetzlichen Sonderregelungen die Grenzen des Arbeitsrechts nicht überschritten werden. Die Tarifparteien täten gut, auch hierbei in ihrer Wirkung unvorausehbare Regelungen (die ausserdem fast stets auf die Lohnhöhe drückten) zu vermeiden und vor allem nur Vereinbarungen zu treffen, die Zug um Zug während der zeitlichen Geltungsdauer des Tarifvertrags erfüllt seien, da sich erst nach Ablauf eines Tarifvertrages, aber auf Grund desselben ergebende Ansprüche immer in Gefahr befänden, durch einen späteren Tarifvertrag wieder abgedungen zu werden. Siehe Deputatkohlenanspruch von Berg-

invaliden.

Um Missdeutungen von vornherein entgegenzutreten, weist Nörpel darauf hin, dass hohe Löhne das normale Ziel aller Gewerkschaftsarbeit seien und dass es sich hierbei nie um die Grenzen des Arbeitsrechts im Sinne seiner Darstellung handle. Im übrigen beträfen seine Ausführungen auch nicht die gesetzliche Sicherung von Arbeitnehmerschichten, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, auch nicht die Schichten von Arbeitnehmern, die in eigenartigen Arbeitsverhältnissen tätig seien wie Heimarbeiter, Seeleute, Hausgehilfen und dergleichen. Ebenso kämen auch nicht die Arbeitnehmergruppen in Frage, die infolge eines besonderen körperlichen Zustandes eines staatlichen Schutzes bedürfen wie Jugendliche, Lehrlinge, Frauen, Schwangere, Schwerbeschädigte usw. und vor allem auch nicht die Massnahmen zum Schutz aller Arbeitnehmer vor Unfall- und Gesundheitsgefahren. Es handle sich nur um weder sachlich noch durch die Eigenart einer Tätigkeit begründete Forderungen auf gesetzliche Bevorzugung.

Jede meist nur unter grossen Kraftanstrengungen erkämpfte Sonderstellung einer Arbeitnehmerschicht wird, so schliesst Nörpel seine Warnung, auf die Dauer zwangsläufig zu einer Scheinbevorzugung. Aus dem Vorteil wird ein Nachteil nicht nur für die betreffende Arbeitnehmerschicht, sondern für die gesamte Arbeitnehmerschaft. Auf der andern Seite seien nicht genügend Kräfte vorhanden, die den Ansturm gegen das kollektive Arbeitsrecht abwehrten und darüber hinaus einen allgemeinen Ausbau förderten. Die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen kann, müsse innerhalb der Arbeitnehmerschaft Kräfte auslösen, die so stark seien, dass auch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage ohne Schaden für die Gesamtarbeiterbewegung überwunden werden könnten. Es entspreche dem Ernst der Zeit, auch auf Fehler hinzuweisen, die innerhalb der eigenen Reihen begangen worden seien. Das moralische Gewicht der Kritik an den Handlungen anderer Volksschichten werde durch Selbstkritik nicht geschwächt, sondern gestärkt.

SPD. Die Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der rheinischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sind erfolglos verlaufen. Die Arbeitgeber verlangten eine Lohnkürzung um 6%. Zur Zeit beträgt der Spitzenlohn 98 Pfennig. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten die Forderung der Arbeitgeber ab. Nunmehr muss sich der Schlichter von Westfalen mit dem Lohnstreit befassen.

SPD. Dem österreichischen Parlament ist ein Gesetzentwurf zur Regelung der Beschäftigung von Doppelverdienern vorgelegt worden. Er sieht im wesentlichen vor: behördliche Bewilligung der Beschäftigung, Prüfung der Beschäftigungsgesucht durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, der Arbeiter und Unternehmer angehören, und Beschäftigungserlaubnis nur dann, wenn wichtige Interessen der Wirtschaft oder besondere Familienrücksichten dafür sprechen. -

Die Schwäche des Entwurfs liegt in den bei jeder Regelung der Doppelverdienstfrage sich zwangsläufig einstellenden vielen Ausnahmebestimmungen. Hat jemand für seine Frau und drei Kinder zu sorgen, so darf er eine zweite Arbeit ohne besondere Bedingungen annehmen, wenn er ein Einkommen von weniger als 600 Schilling hat. Wenn ein pensionierter Staatsangestellter, der für seine Frau zu sorgen hat und eine Pension von 300 Mark bezieht, auf 30 Mark von seiner Monatspension verzichtet, kann er ungehindert als Doppelverdiener arbeiten.

SPD. Zur Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung ist vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers eine Verordnung fertiggestellt worden. Sie behandelt im wesentlichen eine Anpassung der Kurzarbeiterunterstützung an die übrigen Sätze der Arbeitslosen, die bereits wiederholt gesenkt worden sind. Im übrigen ist das Verfahren auf eine neue, vereinfachte Grundlage gestellt worden, da im Laufe der Jahre eine Reihe von Unebenheiten entstanden waren.

Wir werden zur Verordnung Stellung nehmen, sobald der genaue Wortlaut vorliegt.

SPD. Für das Installateurgewerbe in Köln wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der bisherige Spitzenlohn ab 3. September von M 1,46 auf M 1,35 herabgesetzt wird. Die neuen Löhne sollen bis 31. Dezember 1931 gelten.

Für die Gruppe Rheinland der Strassen-, Klein- und Privatbahnen kommt durch ein neues Lohnabkommen ab 1. September der Frauzuschlag in Wegfall. Die Löhne wurden für die Verheirateten um 1 Pfennig, für die Ledigen um 4 Pfennig gekürzt. Das neue Abkommen läuft bis 31. Dezember 1931.

SPD. Den Bemühungen der Kölner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und der Gewerkschaften ist es gelungen, für die ledigen Fürsorgearbeiter, sowie für die verheirateten ohne und mit einem Kind die bisherige 33 stündige Arbeitszeit auf 36 Stunden zu erhöhen. Dadurch ermässigt sich die für diese Arbeiter von der Stadtverwaltung geplante Lohnkürzung von M 3,96 die Woche auf M 1,65 bis M 1,56.

Die kinderreichen Fürsorgearbeiter, die bisher 40 Stunden arbeiteten, arbeiten künftig 44 Stunden. Ihre Lohnkürzung von M 4,80 wöchentlich ermässigt sich auf M 1,24 und darunter.

Die von den Kommunisten in den Streik gehetzten Fürsorgearbeiter des Fuhrparks verübten im Laufe des Sonnabend Sabotageakte an städtischem Material. Scheinwerfer wurden mit dem Hammer zertrümmert, Gummireifen mit dem Messer zerschnitten, Mülltonnen auf die Strasse entleert. Ein Betriebsleiter des Fuhrparks wurde von Kommunisten hinterrücks überfallen und am Kopfe schwer verletzt.

SPD. Eine gründliche Abfuhr holte sich ein deutschnationaler Abgeordneter des preussischen Landtages, der mit Hilfe einer Kleinen Anfrage gegen die Sozialversicherung hetzte. Er verwies auf verschiedene Pressemeldungen, die von einem versicherungstechnischen Defizit der deutschen Sozialversicherung in Höhe von 18 Milliarden sprechen, und fragte die Staatsregierung, ob sie bereit sei, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich volle Klarheit über den Stand der deutschen Sozialversicherung zu geben.

Der Wohlfahrtsminister erklärte dem Fragesteller, dass das Staatsministerium nicht bereit sei, die Reichsregierung um weitere Angaben über den Stand der Sozialversicherung zu ersuchen, weil darüber bereits fortlaufend amtlich berichtet werde. Bei Einsichtnahme in das Reichsgesetzblatt und die amtlichen Publikationsorgane hätte es auch dem Verfasser der Kleinen Anfrage nicht entgehen können, dass z. B. in der Knappschaftsversicherung der für das laufende Jahr erwartete Fehlbetrag durch Massnahmen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 und durch Satzungsänderung vorläufig beseitigt worden sei.

Eine seltsame Generalversammlung.

(Die Aktionäre der Dresdner in Dresden.)

SPD. Die Dresdener Bank, die das Reich durch Uebernahme von 300 Millionen Mark Vorzugsaktien vor dem Zusammenbruch rettete, hielt am Sonnabend ihre ausserordentliche Generalversammlung in Dresden ab. Der Dresdner geht es heute nicht mehr so gut wie zurzeit der hohen Zins- und Börsengewinne. Aber zu dem gerade nicht billigen Weg nach Dresden langt es. Um eine alte Tradition zu wahren, die vorschreibt, dass die Generalversammlung der Dresdner eben in Dresden stattzufinden hat. Oder war in Berlin zu viel Öffentlichkeit?

Brauchte die Dresdner die Opposition zu scheuen? Die Opposition hat vor Dresden und in Dresden behauptet, die Abmachungen mit dem Reich wegen der 300 Millionen Mark Vorzugsaktien seien sittenwidrig. Solche Sittenwidrigkeiten lässt man sich schon gefallen. Ohne die 300 Millionen Mark des Reichs wäre die Dresdner gewesen. Aber man muss schon argumentieren, wenn man sich selbst vor Schaden schützen und das Reich prellen will. Es wäre sicherlich besser gewesen, das Reich hätte, ehe es sein gutes Geld gab, ein Opfer der Aktionäre gefordert und einen recht gründlichen Kapitalschnitt bei der Dresdner verlangt. Das ist leider versäumt worden. Die Opposition bei der Dresdner kann sich wirklich nicht beklagen, "sittenwidrig" angefasst worden zu sein.

Was die Öffentlichkeit aber von dieser ausserordentlichen Generalversammlung der Dresdner verlangte, ist eine eindeutige Antwort auf die Frage, wie es zu dem Zusammenbruch gekommen ist? Diese Antwort hätte der Aufsichtsratsvorsitzende Bankier Adreae von der Hardy-Bank erteilen müssen, der die Versammlung in Dresden mit Darlegungen einleitete, die wohl niemanden befriedigt haben. Dass das deutsche Volksvermögen im Krieg einen furchtbaren Aderlass erlitt, ist bekannt. Dass sich dieser Aderlass in der Inflation - sicherlich nicht ohne Schuld der Banken - wiederholte, ist ebenso bekannt. Dass der nach 1924 einsetzende Aufbau der deutschen Wirtschaft auf ausländisches Kapital angewiesen war und dass man aus Mangel an langfristigen zu kurzfristigen Kapital griff, ist eine weitere Feststellung Andreaes auf der ausserordentlichen Generalversammlung der Dresdner, die nicht zu bestreiten ist, ebenso die andere von dem Redner angeführte Tatsache, dass "erst die Weltwirtschaftskrise Klarheit in die tieferen Zusammenhänge zwischen Reparationslasten und den internationalen Zahlungs- und Kapitalstörungen brachte, dass das Ausland erkannte, wie sehr Europas wirtschaftliche Kräfte durch politische Probleme gelähmt seien, und dass daraus eine Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den kontinentalen Verhältnissen entstand, die nur eines Funkens bedurfte, um ein unheilvolles Gewitter zu erzeugen". Dieser "Funke sei der Zusammenbruch der österreichischen Creditanstalt gewesen, der dem ausländischen Kapital als Warnungszeichen diente, seine Interessennahme an den mitteleuropäischen Wirtschaftskomplexen möglichst einzuschränken".

Wenn Herr Adreae an irgendeiner Universität Professor der Geschichte wäre und in Dresden einen historischen Ueberblick über die Zeit des deutschen Aufbaus hätte geben müssen, dann hätte er seine Sache gut gemacht. Adreae ist aber Bankier und Aufsichtsratsvorsitzender einer der grössten deutschen Kreditbanken, in der sich ein gut Teil der finanziellen Interessen der deutschen Wirtschaft konzentriert und die mit Reichsmitteln gerettet werden musste. Von diesem Mann muss die Öffentlichkeit verlangen, dass er näher auf die Dinge ein-

gegangen wäre. Wer sonst nichts von der Dresdner Bank weiss und die Ausführungen Andreaes hört, muss auf den Gedanken kommen, bei der Dresdner selbst wäre alles in Butter und die Dresdner und die anderen Banken in Deutschland wären die Opfer einer Naturkatastrophe geworden. Nichts von dem in den ganzen Darstellungen Andreaes, was Reinigung und Bereinigung ist. Und das ist bedenklich. Andreae verwies wohl auf "gewissenlose Schwätzereien und böswillige Ausstreunungen", auf das Treiben gegen die Dresdner Bank, das "teilweise politischer Natur war" und das in den kritischen Tagen zwischen dem Schalterschluss bei der Danatbank und der Hilfsaktion des Reiches für die Dresdner sicherlich die Situation verschärft hat, niemals aber, wie die Tatsachen einwandfrei beweisen, der Grund für die unheilvolle Entwicklung bei der Dresdner gewesen sein kann. Nebenbei bemerkt ging dieses "gewissenlose und böswillige Treiben" u.a. auch von rechtsradikaler Seite aus, die sich im Personalreferat der Dresdner Bank besonderer Förderung erfreut haben soll.

Ausser diesem Hinweis nichts, garnichts, was die Bank näher berührt. Wenn in Dresden an Stelle Andreaes ein Mann mit dem Willen zur Wahrheit und zur Klarheit gestanden hätte, dann hätte er ungefähr folgendes gesagt: "Es stimmt, dass die Dresdner und andere Banken schlechte Treuhänder der Anleihen gewesen sind, die sie im Auslande aufgenommen haben. Diese Anleihen, gleichgültig, ob langfristige oder kurzfristige, sind wahllos in die Grossunternehmungen reingepumpt worden. Wir müssen heute eingestehen, dass keine Kontrolle, selbst nicht der Wille zur Kontrolle vorhanden war, wie diese Anleihen verwendet wurden. So wurden die Betriebe rationalisiert und mechanisiert, bis eine Kapazität entstand, die nicht mehr zu beschäftigen war. Die Maschinen wurden Schrotthaufen und die Gelder der Banken sozusagen in Schrott investiert. Als sich aber die Folgen der Ueberspekulation und Fehlinvestitionen zeigten, haben wir, die von Amts wegen dazu berufen waren, nicht den Mut gehabt, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Wir haben um unser eigenes Geld gebangt und sind vor dem Kapitalschnitt zurückgeschreckt, der durch mangelnde Kontrolle, Luderwirtschaft in den Privatunternehmungen, durch Ueberspekulation und Fehlinvestitionen notwendig geworden war. Wir bildeten uns ein, die Notwendigkeit des Kapitalverlustes durch Lohnabbau korrigieren zu können. Wir haben jahrelang und monatelang stur die Forderung nach Lohnabbau wiederholt, unseren ganzen politischen Einfluss spielen lassen, um Lohnabbau durchzusetzen, und mussten feststellen, dass die katastrophale Zerstörung der Kaufkraft und des Einkommens der breiten Massen das Übel nur verschlimmerte und die Wirtschaft veröden liess. So musste es zu dem Zusammenbruch kommen, den wir heute an einer Stelle zu liquidieren haben. Wie die Politik des Lohnabbaus und der Kaufkraftzerstörung im Interesse unserer Wirtschaft nicht mehr weiter getrieben werden darf, so können wir nicht leugnen, dass die Forderung der Öffentlichkeit nach einer Kapitalkontrolle berechtigt und ihr nachzukommen ist. In diesem Sinne haben wir Ihnen für unser Teil und für unser Institut entsprechende Vorschläge zu machen, zu denen auch der Vorschlag einer weitgehenden Zusammenlegung des Aktienkapitals gehört."

Andreae hat nicht so gesprochen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, dass die Regierung so spricht!

SPD. Die dem Farbentrust nahestehenden Riebeck'schen Montanwerke veröffentlichen ihren Abschluss für das Krisenjahr 1931, mit dem die grossangelegte Investitionsperiode abschliesst. Trotz stark gesunkenen Absatzes - so konnte z.B. der Brikettabsatz nicht mehr auf dem schon gesunkenen Stand des Vorjahres gehalten werden - können für Abschreibungen fast 5 Millionen Mark, etwa 950 000 Mark weniger als im Vorjahre zur Verfügung gestellt werden. Der Gewinn einschliesslich Vortrag macht 4,09 Millionen Mark aus (Vorjahr 4,84 Millionen Mark). Die Dividende beträgt 7,2 Prozent (Vorjahr 7,2 %). Der Aufsichtsrat erhält wie im Vorjahr 84 000 Mark. Eine Lohnkürzung tritt hier also

nicht in Kraft.

In der Investitionsperiode des Unternehmens sind allein 39,24 Millionen Mark verbraucht worden. Im Jahre 1930/31, wo sich die Krise schon scharf auswirkte, sind noch mal 280 000 Mark in Anlagen gesteckt worden. Es galt vor allem, das Ausbauprogramm der Bergwerksanlagen zu Ende zu führen. Die Durchführung weiterer Projekte wird auf bessere Zeiten vertagt. Das Unternehmen stellt fest, dass es ihm gelungen sei, die Rationalisierung erfolgreich zu gestalten. Die Betriebskosten wurden gesenkt, sodass die Gesellschaft in die Lage gekommen ist, nicht nur den seit Jahren dauernd gesteigerten Ansprüchen auf der Ausgabenseite, sondern auch den Auswirkungen der ungünstigen Konjunktur-entwicklung auf dem Markt der Brennstoffe und der chemischen Erzeugnisse zu begegnen.

Wertvoll ist, dass hier die Frage nach einem Erfolg der Rationalisierung wesentlich anders beantwortet wird, als das gewöhnlich geschieht. Man stellt in der Regel die Dinge so dar, als ob die Rationalisierungsgewinne in der Krisenzeit gewissermassen weggefegt seien. Dass das nicht der Fall ist, beweist die Rationalisierung bei Riebeck Montan.

SPD. Dresden, 29. August (Eig. Drahtb.)

Die aussergewöhnliche Generalversammlung der Dresdner Bank wurde durch eine Rede des Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Andreae eröffnet, der eine Art geschichtlichen Ueberblick gab.

Andreae erwähnte zunächst den Aderlass, den das deutsche Volksvermögen durch Krieg und Inflation erlitt. Seine Auswirkungen hätten die deutsche Wirtschaft längst zum Erliegen gebracht, wenn es nicht den deutschen Banken gelungen wäre, ausländische Kapitalhilfe hereinzuziehen, die sich in steigendem Masse bot, nach dem durch den Dawesplan eine neue Epoche der Beruhigung des weltwirtschaftlichen Aufstiegs inauguriert zu sein schien. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Mitte Mai begann ein Schauspiel, das in der internationalen Finanzgeschichte ebenso unerhört ist wie der Weltkrieg in der Geschichte der Kriege: die Deutschland und seinen Banken bereitwillig zur Verfügung gestellten Gelder wurden so überstürzt zurückgezogen, dass daraus eine Krise des Geld- und Kreditsystems in Deutschland von einem bisher unbekanntem Ausmass hervorgerufen werden musste. Wenn man unter solchen Verhältnissen den deutschen Banken den Vorwurf macht, dass sie die kurzfristigen Facilitäten des Auslandes nicht flüssig genug angelegt haben, so muss man mehr von einem allgemeinen Schicksal als von der Schuld einzelner reden. Man muss hervorheben, dass die deutschen Banken alle Anforderungen, die an sie in der Krise herantraten, gerecht geworden sind, trotzdem uns Schuldner, die wir für unsere sichersten hielten, nämlich Länder und Kommunen, die fristgemässe Abdeckung ihrer Verpflichtungen verweigerten. Zwischen der Dresdner Bank und der Danatbank zeigt sich eine Parallele in der Art, wie, nachdem die Danat gefallen war, ein Treiben gegen die Dresdner einsetzte, das auch vor persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen nicht zurückschreckte. Dieses Treiben gegen die Dresdner, das teilweise auf leichtsinnigen und gewissenlosen Schwätzereien und böswilligen Ausstreuungen beruht, teilweise aber politischer Natur war und systematisch gegen einen Eckpfeiler der Wirtschaft gerichtet wurde, begann erst richtig unter dem Schutz des Teilmoratoriums. Die Dinge gediehen dann so weit, dass wir uns verpflichtet hielten, unsere Bedenken und Sorgen der Reichsregierung mitzuteilen. Der Entschluss der Reichsregierung, der Dresdner Bank ein neues Kapital zu gewähren, wirkte so überzeugend, dass wir es bisher nicht flüssig zu machen brauchten.

Zu der Entwicklung der Bank, "wie sie die Leitung der Dresdner heute vor sich sieht", bemerkte Andreae folgendes: Sie wird, das ist der Wille der Reichsregierung, in streng privatwirtschaftlichem Sinne weitergeführt werden und wir

werden es an Bemühungen nicht fehlen lassen, unseren Kunden, denen wir für ihr Treue und Anhänglichkeit in der Krisenzeit danken, weiterhin Beratung und Unterstützung in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten angedeihen zu lassen, in derselben individuellen Weise, durch die die Dresdner Bank sich in 60 Jahren einen Namen im In- und Auslande gemacht hat.

Die Opposition schickte den Berliner Rechtsanwalt Dr. Friedemann vor. Friedemanns Ausführungen waren darauf angestimmt, dass sich die Opposition die Hilfe des Reiches sehr gern gefallen lässt, dass sie es aber ablehnt, Opfer zu bringen. Dass das Reich Hilfe gebracht hat, bemängelt der Oppositionsredner nicht. Dass sich das Reich aber gewisse Sicherheiten geben liess, soll ein Verbrechen sein. Friedemann kündigt in diesem Zusammenhang auch einen Anfechtungsprozess gegen das von der Dresdner Bank mit dem Reich abgeschlossene Geschäft an. Im übrigen führte er aus:

"Durch das Geschäft mit dem Reich werde die Dresdner Bank ihrer Freiheit beraubt und das Bankinstitut dem Fiskus ausgeliefert. Was zur Krise geführt habe, sei die Hetzerei gegen die Grossbanken und der Neid der Grossbanken untereinander. Die Dresdner Bank habe ein Recht darauf gehabt, vom Reich zu verlangen, geschützt zu werden. Das Reich habe seine öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Hilfe auch anerkannt, indem es die Bank geschützt habe. Die der Dresdner Bank vom Reich übergebenen Schatzwechsel seien unterbewertet. Das Reich habe an seine Hilfe Bedingungen geknüpft, die das Geschäft sittenwidrig machen. So wurde vom Reich eine Notlage der Bank ausgenutzt. Aus diesem Grunde sei das ganze Geschäft nichtig. Man werde gegen das Abstimmungsergebnis Protest einlegen und die Nichtigkeitsklage beim Gericht einleiten."

+ + +
Aus dem Aufsichtsrat der Dresdner Bank scheiden 15 Mitglieder aus. In der Mehrzahl sind es Industrielle und Finanziers aus Berlin, dem Westen, Sachsen und Oberschlesien. Neu in den Aufsichtsrat zieht Direktor Pilster ein, der früher der Commerz- und Privatbank angehörte. Ausserdem spricht man davon, dass ein aktives Vorstandsmitglied der Commerz- und Privatbank in Zukunft dem Aufsichtsrat der Dresdner angehören soll. Das gibt Anlass zu dem Gerücht, dass man eine Union zwischen der Dresdner und der Commerz- und Privatbank herstellen will. Ausser Pilster werden in den Aufsichtsrat kommen: Direktor Ritscher von der Reichskreditgesellschaft, der Bankier Kferdemenges, der dem Kreis der Deutschen Bank nahesteht, Geheimrat Clausen vom Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat Norden und Geheimrat Ruppel, die dem Reichsfinanzministerium angehören, und Professor Stein vom Genossenschaftsverband.

SPD. Die dem Reich gehörende Reichskreditgesellschaft hat im Einvernehmen mit der Reichsbank einen Teil des Aktienkapitals des Halleschen Bankvereins von Kulisch, Kaempf & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien übernommen. Das Unternehmen erfreut sich eines guten Rufes.

Der Bezirk von Halle ist in der letzten Zeit von mehreren Bankpleiten heimgesucht worden. Die Notwendigkeit des Kreditgeschäfts irgendwie zu festigen, ist nicht zu leugnen. Wahrscheinlich soll die Uebernahme des Halleschen Bankvereins diesem Zweck dienen.

Rauf und runter.

(Berliner Getreidebörse vom 29. August)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte waren am Sonntagabend für Weizen um 4 Mark schwächer, für Roggen wenig verändert. Im Verlaufe der Börse trat für beide Brotgetreidearten eine Befestigung ein. Im Handel mit effektiver Ware vermehrte sich das Weizenangebot stark. Weizen verlor bei geringer Nachfrage gleichfalls 4 Mark. Roggen war knapp angeboten und konnte bei regulärer Nachfrage seinen Preisstand behaupten. Weizenmehl wurde um eine halbe Mark billiger offeriert, ohne Käufer zu finden. Roggenmehl hatte bei unveränderten Preisen laufendes Konsumgeschäft. Hafer war reichlicher angeboten und hatte ruhigere Tendenz.

	28. August	29. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 = 216	212 = 214
Roggen	170 = 172	170 = 172
Neue Wintergerste	154 = 164	154 = 164
Hafer	140 = 148	136 = 146
Weizenmehl	26,25 = 33,25	26,25 = 33,00
Roggenmehl	24,25 = 26,75	24,00 = 26,50
Weizenkleie	11,75 = 12,25	11,75 = 12,25
Roggenkleie	10,10 = 10,60	10,10 = 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 222 = 223 (Vortag 226), Oktober 221=223 (225 $\frac{1}{2}$), Dezember 222=223 (226). Roggen September 182 $\frac{1}{2}$ = 183 $\frac{1}{2}$ (182) Oktober 182=183 (183), Dezember 182 $\frac{1}{2}$ = 183 $\frac{1}{2}$ (183). Hafer September 144 $\frac{1}{2}$ = 143 (146 $\frac{1}{2}$), Oktober 144 (147), Dezember 146 (149 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 29. August. Festgestellt von der amtlichen Butternotierungskommission, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 116, abfallende Sorten 102 RM. Tendenz: sehr ruhig.

SPD. Der Reichsanzeiger hat am Sonnabend eine dritte Verordnung über die Devisenbewirtschaftung, veröffentlicht durch die Devisenbestände im Nennwert von über 1 000 Mark aufgerufen werden. Für die bereits erfassten Anmeldepflichtigen, soweit sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, gilt der neue Aufruf nur für ihre Bestände an Gold und für solche ausländischen Wertpapiere, die anders als gegen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung erworben worden sind.

Anmeldestellen sind wie bisher die örtlich zuständigen Reichsbankanstalten und die mit der Befugnis von An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln ausgestatteten Kreditinstitute. Stichtag für die Freigrenze ist der 29. August 1931. Die Anmeldung der Werte hat bis zum 5. September 1931 zu erfolgen. Wer nachweisen kann, dass er der Werte zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken bedarf, hat die Entscheidung der Reichsbank oder eines von ihr ermächtigten Kreditinstituts anzurufen.